



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Null-Toleranz gegen Rassismus und Extremismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich klar gegen jegliche Form von Rassismus und Extremismus (wie z.B. links, rechts oder religiös motiviert).
2. Der Landtag zeigt sich solidarisch mit den zahlreichen Opfern von extremistischer und rassistischer Gewalt und setzt sich für deren Schutz ein.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich der Null-Toleranz-Haltung des Landtags anzuschließen und dem Landtag gegenüber zu berichten, welche Maßnahmen sie, insbesondere im schulischen und außerschulischen Bereich, bereits ergriffen hat bzw. in Zukunft ergreifen wird, um dem Entstehen von rassistischem und extremistischem Gedankengut entgegenzuwirken.

Begründung:

Rassismus und Extremismus entwickeln sich in Deutschland immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem. Die mediale Berichterstattung wird heute nahezu täglich von Angriffen auf Asylunterkünfte und Aktionen und Kundgebungen extremistischer Gruppierungen beherrscht. Besonderes mediales Interesse in Bayern erlangte jüngst der Fall des Zornedinger Pfarrers Olivier Ndjimbi-Tshiende, der sich angesichts der ihm gegenüber geäußerten Morddrohungen und rassistischen Hetze zum Rücktritt gezwungen sah.

Es erfordert daher eines entschlossenen Auftretens gegenüber jeglicher Form von Rassismus und Extremismus. Der Landtag sollte in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen und seine Null-Toleranz-Haltung klar zum Ausdruck bringen. Den zahlreichen Opfern von rassistischer und extremistischer Gewalt muss seine volle Solidarität gelten. Auch die Staatsregierung sollte sich dieser Null-Toleranz-Haltung des Landtags anschließen, um ein Zeichen gegen Rassismus und Extremismus zu setzen.

Das Problem von Rassismus und Extremismus muss aber grundsätzlich auch in seinen Ursprüngen wirksam bekämpft werden. Es bedarf hierzu insbesondere eines stärkeren Ausbaus von Präventionsmaßnahmen, gerade im schulischen und außerschulischen Bereich. Um Impulse für Verbesserungen im präventiven Bereich geben zu können, sind Erkenntnisse über derzeit bestehende bzw. geplante Maßnahmen der Staatsregierung erforderlich. Diese soll dem Landtag daher diesbezüglich Bericht erstatten.